



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

41. hét

2019.10.07.

ZUSAMMENFASSUNG

Ungarische Innenpolitik – *Ungarn wählt am 13. Oktober neue Kommunalverwaltungen:*

An diesem Sonntag läuft das Mandat der politischen Führungen und öffentlichen Verwaltungen von mehr als 3.100 Städten und Gemeinden aus. Ähnlich wie vor fünf Jahren besitzen auch dieses Mal wieder die Kandidaten von Fidesz-KDNP die besten Aussichten, ihr Mandat zu verlängern oder neue Positionen zu besetzen, während in Budapest, das als wichtigstes Schlachtfeld angesehen werden kann, auch weiterhin Amtsinhaber István Tarlós in Führung liegt.

Wirtschaftspolitik – *Die Rentner erhalten eine Rentenprämie und eine Rentenergänzung:*

Die ungarische Regierung hält an ihren Versprechen aus dem Jahre 2010 und den Vorschriften des Haushaltsgesetzes fest, wenn sie im Monat November den dazu berechtigten Personen eine Rentenprämie und eine Rentenergänzung ausreicht. Diese Regierung hält die Unterstützung der ältesten Generation für außerordentlich wichtig, weshalb auch im Haushaltsplan für 2020 in zahlreichen Punkten vorgesehen ist, die Höhe der den Rentnern zugebilligten zentralen Zuwendungen zu steigern.

Außenpolitik, Außenwirtschaft – *Viktor Orbán hat Olivér Várhelyi an Stelle von László Trócsányi als EU-Kommissar nominiert:*

Nach einer wiederholten Entscheidung des Rechtsausschusses des Europaparlaments in der vergangenen Woche – mit der die Unvereinbarkeit der Positionen von Trócsányi festgestellt wurde – hat Ministerpräsident Viktor Orbán nunmehr Olivér Várhelyi für die Position eines EU-Kommissars nominiert. Mit seiner Person würde an Stelle eines politischen Kandidaten ein Technokrat in die Kommission gelangen, dessen Eignung auch in Brüssel Anerkennung finden wird.

Nachrichten, die Beachtung verdienen – *Der finnische Ministerpräsident Antti Rinne besuchte Budapest:*

Finnland hat in seiner Eigenschaft als Ratspräsident der Europäischen Union die Klärung und Verhandlung von Fragen in Verbindung mit der Rechtsstaatlichkeit zur obersten Priorität des Halbjahres erhoben. In Finnland existieren zahlreiche juristische Institutionen gar nicht, die als Grundfesten der ungarischen Rechtsstaatlichkeit betrachtet werden können; dennoch stuft die aus fünf linksgerichteten und liberalen Parteien zusammengesetzte finnische Regierung das ungarische Rechtssystem häufig als antidemokratisch ein.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

UNGARN WÄHLT AM 13. OKTOBER NEUE KOMMUNALVERWALTUNGEN

An diesem Sonntag läuft das Mandat der politischen Führungen und öffentlichen Verwaltungen von mehr als 3.100 Städten und Gemeinden aus. Ähnlich wie vor fünf Jahren besitzen auch dieses Mal wieder die Kandidaten von Fidesz-KDNP die besten Aussichten, ihr Mandat zu verlängern oder neue Positionen zu besetzen, während in Budapest, das als wichtigstes Schlachtfeld angesehen werden kann, auch weiterhin Amtsinhaber István Tarlós in Führung liegt.

Den Wahlkampfstrategen der Opposition ist es nicht gelungen, die negativen Auswirkungen jener Tonbandaufnahmen zu mindern, die vor gut einer Woche an die Öffentlichkeit gelangten und den Wahlkampf von Gergely Karácsony spürbar durcheinanderwirbelten. Im Ergebnis eines schwachen Krisenmanagements – das sich zugleich in einander widersprechenden Erklärungen von Oppositionspolitikern niederschlug – gelangte der Karácsony-Wahlkampf in eine negative Spirale: In den jüngsten Tagen gelang es dem Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters nicht, maßgebliche neue Tagesordnungspunkte an die Stelle des Skandals zu setzen, während eine weniger erfolgreiche Demonstration vor dem Hauptsitz des Privatfernsehens TV2 erfolgte und neue Skandale ans Tageslicht kamen. Die Sache mit der Belästigung der Amtsnotarin von Zugló durch Gergely Karácsony und die Geschichten, die über den DK-Politiker als gemeinsamen Kandidaten der Opposition für das Bürgermeisteramt im 11. Stadtbezirk ans Licht kamen, demontieren das Image des Bürgermeisters von Zugló. Darüber hinaus tauchte ein Video mit Korruptionsvorwürfen von Péter Gajda im 19. Stadtbezirk sowie über den Sozialisten nahestehende Personen – wie Krisztián Kránitz und Csaba Lackner – auf, dessen Inhalt ebenfalls schwerwiegende Fragen zu Oppositionspolitikern aufwirft. Dabei zeichnete sich schon bislang ab, dass die Meinung der Sympathisanten bezüglich einer Eignung von Gergely Karácsony für das Amt des Oberbürgermeisters gespalten war: Nach der aktuellsten Erhebung des Nézőpont-Instituts wird er von 38 Prozent der sicheren Wähler in Budapest unterstützt, wohingegen nur 32 Prozent der Budapester die Ansicht vertreten, dass er für diesen Posten auch geeignet ist. Im Zuge der Skandale wurde der Co-Vorsitzende der Párbeszéd durch den Mitbewerber Róbert Puzsér zum Rücktritt aufgefordert.

Die aktuellsten Umfrageergebnisse des Nézőpont-Instituts zeigen, dass die skandalösen Tonbandaufnahmen von Gergely Karácsony den politischen Wettstreit in der Hauptstadt nicht

dauerhaft beeinflussen konnten. Unter den sicheren Wählern würden 53 Prozent für István Tarlós, 40 Prozent für Gergely Karácsony und nunmehr 7 Prozent für Róbert Puzsér stimmen, während Krisztián Berki gegenwärtig kein wahrnehmbares Stimmpotenzial besitzt. In der letzten Woche vor der Wahl führt der regierende Oberbürgermeister auch weiterhin in jeder Hinsicht vor seinen Herausforderern. Gleich 67 Prozent der Budapester rechnen mit einer Wiederwahl von Tarlós (mit Karácsony rechnen nur 18 Prozent, mit der Wahl von Puzsér gar nur 1 Prozent), und 62 Prozent der Wähler in der Hauptstadt halten Tarlós für geeignet, diese Stadt zu führen (Karácsony nur 34, Puzsér nur 13 Prozent), wie auch 41 Prozent der Befragten der Ansicht sind, der Wahlausgang sei längst entschieden (49 Prozent sehen das nicht so).

UNGARISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

DIE RENTNER ERHALTEN RENTENPRÄMIE UND RENTENERGÄNZUNG

Dank der herausragenden Wirtschaftsleistung erhalten die dazu berechtigten Personen dieses Jahr im November eine Rentenprämie, wegen der höheren Inflation zudem eine Rentenergänzung. Ersterer Betrag beläuft sich auf durchschnittlich 20.160 Forint, letztere Zuwendung auf 11.000 Forint.

Die ungarische Wirtschaft beschreitet seit 2014 eine Wachstumsbahn, mit einem Rekordwachstum des BIP von 4,9 Prozent im vergangenen Jahr. Die in Schwung gekommene Wirtschaft produziert auch in diesem Jahr noch herausragende Zahlen: Im zweiten Quartal 2019 erreichte das Wachstumstempo sogar 5,2 Prozent. Gemessen an den Wachstumsraten anderer Länder in der Europäischen Union ist zu sehen, dass das ungarische Wirtschaftswachstum den Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten um beinahe das Vierfache übertrifft. Das ist deshalb so relevant, weil den gesetzlichen Vorschriften entsprechend im November des betreffenden Jahres – sofern das zu gleichen Preisen kalkulierte Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in jenem Jahr voraussichtlich über 3,5 Prozent liegt und das Defizitziel des Staatshaushalts wie im Gesetz über den zentralen Haushalt definiert voraussichtlich erfüllt wird – eine Rentenprämie an die dazu berechtigten Personen auszuschütten ist. Die Regierung reicht darüber hinaus eine Rentenergänzung infolge der Inflation aus, nachdem die Renten im Januar um 2,7 Prozent angehoben wurden, die Differenz zu der voraussichtlich 3,4 Prozent erreichenden mittleren Inflation somit den Berechtigten nachträglich zugesichert wird. Denn die Regierung hat noch im Jahre 2010 festgehalten, die Kaufkraft der Renten zu bewahren. Nachdem die Renten binnen

neun Jahren nominal um 33 Prozent zulegen, zeigt sich in Hinsicht auf ihre Kaufkraft ein Anstieg um 10 Prozent gegenüber 2010. Für beide Formen der finanziellen Zuwendungen sind rund 2,5 Millionen Menschen in der Rentenversorgung und mit rentenartigen Bezügen berechtigt.

Obendrein erhielten die Rentner 2019 auch einen Gutschein auf ihre Wohnnebenkosten, dessen Zustellung Ende September abgeschlossen wurde. Diese Gutscheine im Betrag von 9.000 Forint pro Person können bis zum 31. März 2020 verwendet werden. Im bereits früher durch die Regierung eingereichten und längst verabschiedeten Gesetz über den Haushaltsplan für 2020 sind weitere Beihilfen zur Unterstützung der ältesten Generation vorgesehen. So werden die Durchschnittsrenten im Jahre 2020 um 3.650 Forint angehoben, was auf Jahresebene einem zusätzlichen Betrag in Höhe von knapp 44.000 Forint entspricht. Im Jahre 2020 wird zudem erneut die Möglichkeit für eine Rentenprämie bestehen, sofern die gesetzlichen Bedingungen erfüllt werden, das BIP-Wachstum also über die vorgeschriebenen 3,5 Prozent steigt.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

VIKTOR ORBÁN HAT OLIVÉR VÁRHELYI AN STELLE VON LÁSZLÓ TRÓCSÁNYI ALS KOMMISSAR NOMINIERT

Wegen der Stellungnahme des Rechtsausschusses im Europäischen Parlament, wonach das Verhältnis von László Trócsányi zu der gleichnamigen Anwaltskanzlei nicht mit seiner Kandidatur für die EU-Kommission vereinbart werden könne, nominierte Ministerpräsident Viktor Orbán in der vergangenen Woche Botschafter Olivér Várhelyi, den Leiter der Ständigen Vertretung Ungarns in Brüssel, für diese Position.

Bekanntlich hatte der Rechtsausschuss die Person László Trócsányis gleich zwei Mal als unvereinbar mit der Bekleidung des Amtes eines EU-Kommissars deklariert. Nach Konsultationen mit Ursula von der Leyen entschied sich Ministerpräsident Viktor Orbán deshalb für die Benennung eines neuen Kandidaten. Die Ablehnung Trócsányis war nach Ansicht des ungarischen Regierungschefs dem Umstand zuzuschreiben, dass dieser noch als Justizminister an der Ausarbeitung der Gesetze in Verbindung mit der juristischen Grenzschießung und an der Verhinderung der illegalen Einwanderung beteiligt war. Deshalb wurde Trócsányi in erster Linie aus politischen und nicht etwa aus juristischen Gründen abgelehnt. Die Nominierung von Olivér Várhelyi ist auch mit diesem

Umstand zu erklären, denn mit seiner Person gelangt ein Technokrat, und nicht etwa ein politischer Delegierter auf diesen Posten. Die fachliche Eignung von Olivér Várhelyi wird niemand in Zweifel ziehen; er hat nach seiner Nominierung als EU-Kommissar bereits sein erstes offizielles Treffen mit Ursula von der Leyen absolviert. Olivér Várhelyi führte seit dem Herbst 2015 die Ständige Vertretung Ungarns in Brüssel, wobei seine Karriere in den Schaltstellen der Gemeinschaft weitaus früher, bereits 1995 begann. Damals gelangte er als Praktikant des Industrieministeriums zum Außenressort, denn in beiden Ministerien arbeitete er in deren Rechtsabteilungen an der Vorbereitung des ungarischen EU-Beitritts. Im Jahre 2001 ging er erstmals nach Brüssel, an die ungarische EU-Vertretung. In den Jahren 2006-2008 kehrte er ins ungarische Justizministerium zurück, von wo er erneut nach Brüssel ging – allerdings nicht mehr als Angestellter der ungarischen Regierung, sondern als Mitarbeiter der Europäischen Kommission. Er spricht Englisch, Französisch und Deutsch und durchschaut dank seiner diplomatischen und technokratischen Vergangenheit sämtliche Dimensionen der Brüsseler Politik in ihrer vollständigen Tiefe. Mit seiner Kandidatur könnte ein Kandidat in die Kommission von Ursula von der Leyen gelangen, der fachlich nicht in Frage zu stellen ist und obendrein seit Jahren vor Ort als Politiker tätig war. Dennoch ist in Verbindung mit seiner Person mit weiteren Debatten zu rechnen: Unter Ausnutzung des Instruments der politischen Druckausübung werden bei seiner Anhörung vor dem Außenausschuss ebenfalls mehrheitlich linksliberale Politiker ihre Meinung über ihn kundtun, sofern es zu keiner Veränderung in seinem Portfolio kommt. Denn auch die Alternative von Korrekturen des Szenarios wurde aufgeworfen: Die einen Quellen informierten die Medien über einen anstehenden rumänisch-ungarischen Portfoliotausch, andere dahingehend, Ungarn solle einen anderen und dieses Mal weiblichen Kandidaten präsentieren.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

DER FINNISCHE MINISTERPRÄSIDENT ANTTI RINNE BESUCHTE BUDAPEST

Seit dem 1. Juli 2019 führt Finnland die Ratspräsidentschaft der EU; genau in diesen Zeitraum fällt auch die Debatte über den kommenden Finanzrahmen der Europäischen Union in Brüssel. Die primäre Zielstellung der finnischen Ratspräsidentschaft besteht im Debattieren von Fragen in Verbindung mit der Rechtsstaatlichkeit, wozu auch die Fortsetzung des Verfahrens nach Artikel 7 gehört, das in diesem Kontext gegen Ungarn auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Der finnische Ministerpräsident Antti Rinne stellt bei seinen Wortmeldungen regelmäßig die ungarische Rechtsstaatlichkeit, die Rolle des Verfassungsgerichts und die Unabhängigkeit der Richter in Frage, während er mit Kritik belegt, dass es in Ungarn nach seiner Meinung zu viele Medien und Presseerzeugnisse des Regierungslagers gibt. Helsinki zieht damit die ungarische Rechtsstaatlichkeit in Zweifel und möchte die Verteilung der EU-Gelder an diesen noch gar nicht genau definierten Begriff und dessen Durchsetzung knüpfen. Dem widerspricht jedoch, dass es in Finnland gar kein Verfassungsgericht gibt, dass die Richter durch das Parlament berufen werden und dass sich 97% der finnischen Presse in der Hand eines einzigen Unternehmens befinden, ergo keine Rede von Medienpluralismus sein kann. Viktor Orbán formulierte, „ich möchte nicht dazu raten, dass wir in Europa in eine Situation gelangen, dass ein Ministerpräsident oder beliebiger Repräsentant der Gemeinschaft einen anderen Mitgliedstaat besucht, um diesem den Kopf in Sachen Rechtsstaatlichkeit zu waschen, denn dann wird es allerhand geben, nur keine europäische Einheit“. Dessen ungeachtet bewertete Viktor Orbán die Verhandlungen als erfolgreich, da in Wirtschaftsbelangen Einigkeit herrschte. Während Viktor Orbán im Sinne früherer Warnungen von Ursula von der Leyen die gemeinsamen Punkte suchte, und nicht die Reibungspunkte, kritisierte Rinne nicht nur Ungarn, sondern auch Tschechien und Polen. Damit wird wieder das Anlegen von zweierlei Maß deutlich, ebenso wie der Umstand, dass die Liberalen in Brüssel jene Nationen attackieren, die sich gegen die Einwanderung stellen.

PROGNOSE

- Auf Landesebene ist eine Wiederholung der 2014 erzielten Ergebnisse für das Parteienbündnis Fidesz-KDNP drin, wonach die Koalitionsparteien in den Komitatsversammlungen, in einem Großteil der Komitatshauptstädte sowie in der Bürgerschaft von Budapest eine Mehrheit erlangen könnten.

In allen 19 Komitatsversammlungen könnte sich am 13. Oktober eine Mehrheit des Fidesz herauskristallisieren, ebenso wie vor fünf Jahren eingetreten. Dieses Mal darf hauptsächlich in zwei Komitaten, nämlich in Heves und Komárom, mit einem knappen Ausgang gerechnet werden. Ähnlich verhält es sich mit den Komitatshauptstädten. Die Popularitätswerte von Fidesz-KDNP bewegen sich in diesen Städten über 50 Prozent, wobei die Strategie eines gemeinsamen Antretens der Opposition durchaus noch manche Rechnungen durchkreuzen könnte. Ausgehend von den Daten, die mit unentschiedenen Wählern rechnen, lässt sich jedoch voraussagen, dass der durch Fidesz-KDNP unterstützte OB-Kandidat in 20 der 23 Komitatshauptstädte gewinnen dürfte, wobei in 9 Komitatshauptstädten mit einem knappen Ausgang gerechnet werden muss. Die besten Chancen besitzt die Opposition in Szeged, die daneben aber auch in Miskolc und in Szombathely gewinnen könnte. In Budapest finden sich insgesamt 12 Stadtbezirke, in denen die Bürgermeisterwahl einen knappen Zieleinlauf bringen könnte. Von den 23 Stadtbezirken dürften 16 erneut durch einen Fidesz-Bürgermeister geführt werden, wohingegen die gemeinsamen Kandidaten der Opposition in 7 Stadtbezirken triumphieren könnten. Die Zusammensetzung der Bürgerschaft von Budapest könnte sich bis zu einem gewissen Grade verschieben, wobei unterm Strich aber auch hier wieder eine Mehrheit des Fidesz erwartet werden kann.